

Posener Zeitung.

№ 93.

Sonntag den 22. April.

1849.

Inland.

Berlin, den 16. April. Folgende Mitglieder der Rechten, die Herren Wengel (Ratibor), Daubert, Hermann, Hagfeld, Heiland, Zimmermann, Klein, Köpfer, Naumann, v. Salzwedel, Schöppenberg, v. Seckendorff, haben ein Programm zur Bildung eines zweiten Centrums aufgestellt, von dem wir hier die Hauptzüge mittheilen:

„Wir wollen die konstitutionelle Monarchie in voller Kraft und Wahrheit, nicht aber Scheinkonstitutionalismus, weder nach oben, noch nach unten. Um dies Prinzip der konstitutionellen Monarchie zur Geltung zu bringen, erkennen wir als notwendig an, daß folgende Bestimmungen der Verfassungsurkunde theils aufgehoben, theils ergänzt werden: 1) bei den Artikeln 49, 55, und 75 ist festzustellen, daß die Kammern aus eigenem Rechte zusammenzutreten, wenn sie in bestimmter Frist nicht zusammenberufen werden; 2) die Artikel 98, 99, und 108 sind so zu fassen, daß sie das Recht der Steuerbewilligung Seitens der Volksvertretung außer Zweifel stellen; 3) die Bestimmung des §. 105, wonach in dringenden Fällen unter Verantwortlichkeit des Ministerii Verordnungen mit Gesetzeskraft erlassen werden können, kommt in Wegfall; 4) die in Art. 110 nachgelassenen außerordentlichen Maßregeln unterliegen der Genehmigung der Kammern; 5) die Verfassung ist nicht allein von dem regierenden Fürsten, sondern auch von dem Thronfolger, sobald er die Volljährigkeit erreicht hat, zu beschwören; 6) die Vertheidigung auf die Verfassung ist mit jedem Dienst- und Fahnenkreuze zu verbinden und demgemäß Art. 107 zu ändern; 7) der Art. 36 ist dahin zu ändern, daß das Heer im Frieden für nichtmilitärische Verbrechen unter die ordentlichen Gerichte gestellt werde; 8) außerdem erachten wir für notwendig, daß die Art. 4 bis 31 beziehungsweise bis 40 mit den Grundrechten des deutschen Volkes in volle Uebereinstimmung gebracht werden, 9) wir verwerfen eine Ernennung von Mitgliedern der ersten Kammer durch die Krone, wie überhaupt die Art der Befähigung dazu, welche die Anmerkung zu Art. 36 vorschlägt, wir verlangen dagegen, daß die Mitglieder der ersten Kammer hinsichtlich eines Anspruchs auf Diäten und Reisekosten den Mitgliedern der zweiten Kammer gleichgestellt werden, wir verlangen, daß sofort nach vollendeter Revision die Verfassung von dem Könige, dem Prinzen von Preußen, den Kammern, den Beamten und dem Heere beschworen werde, selbst wenn auch noch nicht die sämmtlichen, in derselben vorbehaltenen organischen Gesetze beraten, beschlossen und publicirt sein sollten.“ Das Programm nennt nur die organischen Gesetze, welche es vorzugsweise beschleunigt wissen will. Es sind: eine Gemeinde-Ordnung, ein organisches Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit, über die bürgerlichen Verhältnisse, über gewerbliche Angelegenheiten und über gerechte Vertheilung der Steuerklassen.

Der frühere Justizminister Rintelen ist vor einigen Tagen von seiner Erholungsreise zurückgekehrt, und wird, dem Versprechen nach, schon in der nächsten Woche nach Westphalen abreisen, um seine neue Stellung als erster Präsident des Appellationsgerichts in Münster einzunehmen.

Der k. großbrit. Kabinetts-Courier Drogh ist von St. Petersburg hier angekommen.

Nach einem auf hiesiger Börse befindlichen Anschlag wäre Hannover jetzt gleichfalls der Erklärung der 28 Regierungen in der deutschen Frage beigetreten.

Durch Erlass des franz. Ministers des Innern ist den Auswanderern nach dem Ver. St. von Nordamerika der Eintritt in das franz. Gebiet untersagt. Diese Maßregel soll dadurch herbeigeführt worden sein, daß über 600 fremde Auswanderer sich gegenwärtig in Havre befinden, welche dort, aus Mangel an jeglichem Unterhaltsmittel der öffentlichen Unterstützung zur Last fallen. Bis zu anderweitiger Bestimmung ist den vorgedachten Auswanderern der Durchzug durch Frankreich nur mit Genehmigung des Präsidenden des Mosel-Departements gestattet.

Vor einigen Tagen wurde in dem ehemaligen Jaroschewitschen Lokal Abends gegen 11 Uhr eine harmlose Gesellschaft durch Schugmänner aufgehoben, da es dem gegenwärtigen Befehl des Locals nicht gestattet ist, länger als bis 10 Uhr Abends Gäste zu halten.

Vor einigen Tagen ging einem hiesigen wohlhabenden Einwohner ein Drobrieff des Inhalts zu, daß wenn er zu einer bestimmten Zeit nicht die Summe von 250 Thln. in einem Päckchen an einer genau bezeichneten Stelle auf dem Dönhofsplatz niederlegen, und hierüber das tiefste Stillschweigen beobachten werde, sein Leben gefährdet sei. Es waren die schändlichsten Dinge angedroht und dem Briefe eine sehr genaue Zeichnung von dem Orte beigelegt, wo das Geld niedergelegt werden sollte. Der Bedrohte hatte beamteten, nach dem Dönhofsplatz begeben und auch an der angegebenen Stelle ein Päckchen in Papierumschlag hingelegt. Man beobachtete nunmehr diese Stelle und nahm wahr, daß bald darauf ein Mensch, in einem hellen Paletot gekleidet, daß bald darauf herte und nach schreiem Umsichsehen das Päckchen mit der Hand eiligst fortbegab. Die ihn verfolgenden Beamten vermochten mittelst der Eiligkeit seiner Flucht nicht festzunehmen. Seine Erbeutung ist indes auf eine höchst zufällige Weise geschehen. Zu bruch verübt und man verfolgte die Diebe. In der Kurstraße begegnete ein Offizier der Schugmannschaft, der von dem Diebstahl der Diebe in ihm zu sehen glaubte, so hielt er ihn an. Er erkannte sofort in dem Menschen einen ehemaligen Schugmann, der vor mehreren Monaten schon vieler Dienstvernachlässigungen halber entlassen worden ist. Die dem Drobrieffe beigelegte Zeichnung

findet ihre Erklärung darin, daß der Mann ein nicht ungeschickter Lithograph und Maler ist. Er soll der nahe Verwandte eines unserer früheren Minister sein und es ist nur anzunehmen, daß unbegrenzter Leichtsinns und Noth ihn zu diesem Verbrechen veranlaßt haben, das als Confussion dem gewaltsamen Diebstahl gleichachtet wird.

Gestern Abend wurde bei dem Metallbuchstaben-Fabrikanten Herrn Thoret in der Charlottenstraße, unter militärischer Besetzung seines Hauses, eine Suchung nach Waffen gehalten und hierbei ein Fund von neun Bürgerwehrgewehren gemacht. Heute früh hat man darauf die Suchung, jedoch ohne weiteres Resultat, wiederholt, dagegen aber Herrn Thoret selbst verhaftet und nach dem Stadtvoigtgefängnisse abgeführt.

Das Correspondenz-Bureau will von guter Hand erfahren haben, daß in Folge der Erklärung der 28 Deutschen Regierungen gestern eine Depesche nach Frankfurt abgegangen ist, in welcher die Minister den König erklären lassen, daß er an die Spitze eines aus dem zum Beitritt bereiteten Staaten zu bildenden engern Bundesstaates unter Anerkennung der von der National-Versammlung beschlossenen Verfassung zu treten geneigt sei. Diese Erklärung ist, wie man uns mittheilt, von der Aeußerung begleitet, die vielleicht die Abweichung von früheren Erklärungen motiviren soll, daß der König sich freue, den Wünschen der Deutschen Fürsten, die ihre Zustimmung ausgesprochen haben, genügen zu können, ohne damit den Beschlüssen der Reichsversammlung entgegenzutreten zu müssen.

Berlin, den 19. April. Die zusammenberufene Schul-Konferenz hat sich nach Maßgabe der ihr gemachten Ministerial-Vorlagen in 4 Kommissionen getheilt. 1) Für die innere Organisation der höheren Schulen; 2) für die Verhältnisse der Lehrer; 3) für die Verhältnisse der Schulkandidaten; 4) für die Dotation der höheren Schulen und ihr Verhältnis zu den Behörden. Die letzte Kommission (ad 4.), deren Vorsitzender Direktor Stieve aus Münster ist, hat bereits ihren Bericht erstattet und wurde mit dieser Diskussion in der gestrigen Plenar-Sitzung begonnen. Die Versammlung nahm den nachfolgenden ersten §. der Ministerial-Vorlage an: „Den oberen, unteren und Real-Gymnasien verbleiben die bisher aus Stiftungs-, kirchlichen und Gnaden-Fonds ihnen gewährten Mittel.“ (Das Wort „kirchlichen“ amendirt die Versammlung hinein.) Heute wird die Beratung desselben Themas fortgesetzt und zwar kommen folgende wichtige Bestimmungen zur Entscheidung. „§. 2. Die ausschließlich durch alljährliche Zuschüsse aus Staatsfonds dotirten höheren Schulen haben fortan keinen konfessionellen Charakter.“ Das Verathungs-Lokal ist unter den Linden, im ehemaligen königlichen hannoverschen Palais, den Voritz führt der Geh. Ober-Regierungs-Rath Dr. Kortüm. Die Ministerial-Vorlagen sollen viel Gutes, die Wünsche des Lehrerstandes Berücksichtigendes erhalten.

Stralsund, 17. April, Morgens. So eben kommt das Dampfschiff „Der Adler“ mit der Nachricht zurück, daß an der bezeichneten Stelle sich kein Schiff auf dem Strande mehr befunden hätte, so daß es demnach wieder vom Lande ab- und fortgegangen sein wird.

Altona, den 18. April. Das „Jech. Wochenbl.“ theilt die Instruction des Commandeurs Garde an Paludan über die Eckernförder Expedition, welche halb verbrannt auf dem Roseler Felde gefunden wurde, mit. Ueber die Absichten der Dänen heißt es im Anfange derselben: „In Folge Befehls des kommandirenden Generals soll am 4. d. M. eine Expedition unternommen werden, bestehend aus zwei Dampfschiffen mit Transportschiffen, die von Höruphav so früh abgehen wird, daß die Expedition in der Dämmerung im Eckernförder Hafen eintreffen kann, wo sie in Verbindung mit dem Linien-Schiff und der Fregatte „Gefion“ einlaufen, wenn möglich, an verschiedenen Stellen einige Truppen debarquieren — welche Truppen doch wieder nach vollendeter Alarmirung an Bord zu nehmen sind — angreifen, möglicherweise die feindlichen Strandbatterien zerstören und den Versuch machen kann, sich in Besitz von Eckernförde zu setzen, wo Nachrichten vom Feinde einzuholen und alle seine Vorräthe zu vernichten oder mitzunehmen sind. Die Absicht dürfte sein, soviel als möglich zu alarmiren und den Feind glauben zu machen, daß eine bedeutende Stärke in Eckernförde zu landen beabsichtigt.“

Schleswig, den 17. April. Seit drei Tagen ist nunmehr bei Düppel nichts passiert, als daß die Dänen 10 bis 12 Kanonen täglich auf die Höhen werfen, sobald sich dort Jemand blicken läßt. Die Kanonade, welche von Alsen her gegen die Höhen gerichtet worden ist, als die Baiern und Sachsen dieselben in Besitz genommen haben, soll so mörderisch gewesen sein, daß die ältesten Offiziere, die früheren Schlachten beigewohnt, solche nicht erlebt zu haben behaupten. Da die Anhöhen dem mörderischen Geschützfeuer vom jenseitigen Ufer ausgesetzt sind, so können die Deckungs-Arbeiten nur mit großer Vorsicht vorgenommen werden.

In der heutigen Sitzung der Landesversammlung stellte der Advocat Matthiesen den dringlichen Antrag: „die Landesversammlung erklärt, daß sie an der von der deutschen National-Versammlung rechtsgültig beschlossenen Reichsverfassung unverbrüchlich festhalten werde; die Landesversammlung beschließt, an die Statthalterchaft die Aufforderung zu richten: die Statthalterchaft wolle mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln kräftigst dahin wirken, daß die Reichsverfassung baldmöglichst zur allseitigen

Anerkennung und Geltung gelange.“ Bei der von Matthiesen beantragten namentlichen Abstimmung erklärten sich 78 Mitglieder für die Dringlichkeit und 5 dagegen. Der Antrag selbst ward dann ohne fernere Erörterung mit 78 gegen 4 Stimmen angenommen.

In Folge des Ausfliegens des Linien-Schiffes hat sich unweit Eckernförde auf dem Gute Windeby, kurz nach der furchtbaren Katastrophe, diese in merkwürdiger Weise gewissermaßen wiederholt. Alle Augenzeugen berichten, wie bis zu einer unglaublichen Höhe der Kern der Explosion, gehüllt in dichtem Rauch und Qualm, dabei feurige Kugeln (Raketen, Bomben, Kartätschen etc.) streuend, aufgestiegen ist. Diese Masse, die in der Mitte den feurigen Innhalt manchmal durchblicken ließ, ist, getrieben vom Ostwinde, schnell auf Windeby zugeflogen, und dort auf einer nahe gelegenen Koppel mit einem so starken Knall geplatzt, daß in dem Herrenhause Hunderte von Fensterscheiben gesprungen sind. Der Inhalt bedeckte die Koppel im wahren Sinne des Wortes und bestand in einer großen Menge schwerer Kanonenkugeln u. dergl., in vielen Stücken Eisen und sonstigem Metall, in bedeutenden Stücken von Balken. Man hat sofort mehrere Karren voll Kugeln abgesammelt. Zugleich löste sich beim Zerplatzen der Masse eine leichtere Masse von geringerem Umfange, flog noch eine Strecke weiter und zerplatzte auf dem Hofe des Gutes selbst, zum großen Schrecken der Bewohner. Die letztgedachte Explosion entzündete zugleich eins der Wirthschaftsgebäude; das Feuer ward indes rasch gelöscht.

Braunschweig, den 17. August. Die Deputirtenkammer hielt heute nach mehrmonatlicher Vertagung wieder ihre erste Sitzung und beschloß, nachdem der Staatsminister v. Seyso die offizielle Mittheilung gemacht hatte, daß die Regierung die in Frankfurt beschlossene Reichs-Verfassung bindend und rechtsgültig anerkenne, daß sie mit dem erblichen Kaiserthum und der Uebertragung derselben an das Haus Hohenzollern einverstanden sei, daß sie übrigens die Anhängigkeit gemacht werden, und daß gegründete Hoffnung vorhanden sei, daß binnen Kurzem alle deutschen Regierungen, mit Ausnahme Oesterreichs, dieser Erklärung beitreten würden — einstimmig, daß die Verfassung im Herzogthum Braunschweig als ohne Weiteres zu Recht bestehend anzuerkennen sei.

Frankfurt, den 13. April. 200te Sitzung der Reichs-Versammlung. Die gestern von den Abtheilungen erwählten Mitglieder des Dreißiger-Ausschusses werden verkündigt. Ein dringlicher Antrag von Solz etc., daß die Reichsversammlung in Verfolg der von ihr gefassten Beschlüsse die etwaige Abberufung von Abgeordneten durch die Regierungen ihrer Einzelstaaten für ungültig erkläre und falls solchen Abgeordneten die Tagesgelder entzogen würden, deren Fortbezahlung auf die Reichskasse übernehme, wird an den neuen Dreißiger-Ausschuß verwiesen. Es erfolgt sodann die Wahl des Präsidenten: mit 295 von 367 Stimmen Herr Eduard Simson aus Königsberg (anhaltender allgemeiner Beifall). Zu Stellvertretern werden Bauer aus Bamberg und Eisenstuck aus Sachsen gewählt. — Es folgt der Bericht des vollst. wirthschaftlichen Ausschusses, die durch das Gesetz vom 10. Jan. 1849 verfügte Aufhebung der Spielbanken betreffend. Der interimistische Reichsminister der Justiz, Hr. Rob. v. Mohl, giebt eine Uebersicht der bis jetzt in Folge der Spielauflösung gestellten, meist sehr überschwenglichen Forderungen der hauptsächlichsten Bäderorte. Wiesbaden allein verlangt gegen 4 1/2 Mill. Fl. Entschädigung. (Heiterkeit im Hause.) Ems 210,000 Fl. Homburg für den Staat 538,000 Fl., für die Stadt 380,000 Fl. (Wiederholtes Gelächter.) Baden-Baden hat noch keine bestimmten Entschädigungen gefordert, allein die vorläufigen Anschläge bewegen sich doch einmal um die Summe von 1,100,000 Franken, ein andermal um vier Millionen, ferner um 2 Millionen Franken — als an die vermittelnden Personen gezahlt, welche den Unternehmern die Spielpacht verschafft haben. Obschon sich die Hoffnung, daß schon am 1. Mai ein Reichsgericht vorhanden sein werde, nicht bestätigt hat, so erwartet Hr. v. Mohl doch, daß die Centralgewalt in jedem Falle im Stande sein werde, die rechtliche Ausführung des Gesetzes vom 20. Jan. in Vollzug zu setzen. Hr. Hergenroth von Wiesbaden stellt den Antrag, daß die Aufhebung des Spiels bis zum Jahre 1850 verschoben werde. Hr. Moriz Mohl tritt diesem „von einem Deutschen Minister ausgesprochenen Verlangen“ mit Festigkeit entgegen. — Es wird dem Ausschussantrag gemäß über die Eingabe Uebergang zur Tagesordnung beschlossen.

Frankfurt, den 15. April. Der Dreißiger-Ausschuß ist gestern zum ersten Male zu einer Plenar-Verathung zusammengetreten. Ein Bericht ist in derselben nicht zu Stande gekommen; vielmehr wurden vier verschiedene und zum Theil sehr weit auseinandergehende Anträge von einzelnen Mitgliedern vorgelegt, zwei gemäßigtere von Kierulff und Raveaux, zwei sehr extreme von Spatz und von Eisenstuck und L. Simon. Wir sind in den Stand gesetzt, sagt die „Deutsche Zeitung“, nachstehend den Wortlaut dieser Anträge mitzutheilen: 1) Antrag des Abgeordneten Kierulff. Der Ausschuß möge beantragen: 1) Die Reichs-Versammlung genehmigt die von ihrer Deputation auf die Antwort Sr. Majestät des Königs von Preußen gegebene Erklärung in dem Sinne der von der Deputation durch ihren Präsidenten der Reichs-Versammlung mitgetheilten, dem Berichte angehängten Erläuterung. 2) Die Reichs-Versammlung beschließt in Folge dessen: nunmehr die definitive Entscheidung Sr. Majestät des Königs von Preußen auf die durch die Reichs-Deputation an den König gerichtete Einladung zur Annahme

ber auf Grundlage der Reichsverfassung auf ihn übertragenen Kaiserwürde einzuholen. 3) Der erwählte Ausschuss bleibt bestehen, um je nach dem Erfolge des Beschlusses sub 2. weitere Maßnahmen zu beraten und der Reichsversammlung vorzuschlagen.

II) Antrag des Abgeordneten Spatz. Die Reichs-Versammlung wolle beschließen: 1) Bezüglich der Antwort des Königs von Preußen dieselbe für ablehnend zu erklären (Antrag der Sub-Commission). 2) Bezüglich der Maßregeln zur Durchführung der Verfassung a) die Wahl des Kaisers bis zur tatsächlichen Durchführung der Verfassung in ganz Deutschland auszuweichen; b) bis dahin einen Reichs-Statthalter zu ernennen, wobei wählbar sein soll: 1) der Erzherzog Reichsverweser, 2) jeder regierende Fürst, welcher binnen 14 Tagen seine unbedingte Unterwerfung unter die Reichs-Versammlung erklärt, 3) jeder volljährige deutsche Staatsbürger; c) diesem Statthalter alle Rechte, Befugnisse und Pflichten zu übertragen, welche dem Reichs-Oberhaupt durch die Verfassung übertragen sind, mit Ausnahme des Veto, welches möglicherweise der Durchführung der Verfassung hinderlich sein könnte; d) die Vereidigung des gesamten Militärs und aller Bürgerwehren auf die Verfassung; e) die Vereidigung der Reichs-Beamten auf die Verfassung; f) die Erlassung eines Gesetzes, welches jeden tatsächlichen Widerstand gegen Einführung der Verfassung und jede direkte Aufforderung zu solchem Widerstande für Hochverrath gegen das Reich erklärt und die geeigneten Strafen gegen solche Hochverräter festsetzt; g) die sofortige Erlassung eines Gesetzes über die Organisation des Reichs-Gerichts, so dann die Einsetzung desselben; h) ein Aufruf an das gesammte deutsche Volk, für die Reichsverfassung einzustehen; i) die Einberufung des Reichstags auf den 1. Juni und Ausbreitung der Wahlen.

III) Antrag des Abgeordneten Raveaux. Die National-Versammlung beschließt: 1) Die Entschließung der preussischen Regierung in Betreff der deutschen Frage bis zu dem von ihr selbst in der Circular-Note vom 5. d. Mts. anberaumten Tage abzuwarten. 2) Durch die Central-Gewalt die Regierungen der deutschen Einzelstaaten, welche die Erklärung für unbedingte Annahme der Reichs-Versammlung bereits abgegeben haben, sofort das Heer, die Bürgerwehr und die Beamten auf die deutsche Reichs-Versammlung beizugeben zu lassen. 3) Einen Aufruf an das deutsche Volk zu erlassen, in welchem dasselbe aufgefordert werde, unverbrüchlich an der von der deutschen Reichs-Versammlung beschlossenen Reichs-Versammlung festzuhalten. 4) Die Central-Gewalt zu beauftragen, vorbeugende Maßregeln zu ergreifen, welche die Durchführung der Reichs-Versammlung möglich machen und die National-Versammlung vor allen unverfassungsmäßigen Maßregeln oder Angriffen sicher zu stellen. 5) Sie ernenne eine Deputation, welche Sr. Kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Reichsverweser diese Beschlüsse sofort mittheilt.

IV. Antrag der Abgeordneten Eisenstuck und L. Simon aus Trier. 1) Die National-Versammlung erklärt in Folge der Antwort Friedrich Wilhelm IV. die auf ihn gefallene Wahl zum Kaiser der Deutschen für erledigt. 2) Zur Vollziehung der Reichs-Versammlung beschließt demnach die Reichs-Versammlung: a) Die Reichs-Versammlung wählt durch absolute Majorität aus ihrem Schooße eine Regentenschaft von 5 Mitgliedern; b) der Regentenschaft stehen alle verfassungsmäßigen Befugnisse des Kaisers zu; c) die Regentenschaft ist gehalten, den verfassungsmäßigen Reichstag auf Grund der Reichs-Versammlung und des Wahl-Gesetzes auf den 1. Juni 1849 nach Frankfurt einzuberufen; d) der Reichstag wählt in gemeinsamer Sitzung beider Häuser den Kaiser mit absoluter Stimmen-Mehrheit; e) die Regentenschaft hat auf Grund der §. 14, 191 und 193 der Verfassung ungesäumt die ganze bewaffnete Macht, einschließlich der Bürgerwehren, sowie sämtliche Beamte des Reichs und der Einzelstaaten auf die Verfassung vereidigen zu lassen; f) die Regentenschaft für die unverzügliche Aufstellung einer zum Schutz der Reichs-Versammlung und zur Durchführung der Verfassung erforderlichen bewaffneten Macht Sorge zu tragen; g) die Reichs-Versammlung fordert die Volksvertretungen der Einzelstaaten auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die Durchführung der Reichs-Versammlung zu unterstützen; h) die Reichs-Versammlung beschließt, das deutsche Volk durch einen Aufruf zur thatkräftigen Durchführung der Reichs-Versammlung aufzufordern, und beauftragt den Ausschuss mit der beschlossenen Vorlage.

— 201. Sitzung der verfassungsgebenden Reichsversammlung am 16. April. Der zweite Vicepräsident Herr Eisenstuck eröffnet die Sitzung halb 10 Uhr Vormittags. Nach dem Austritt der Herren Wessely und Mazegger, beide aus österreichischen Wahlbezirken angezeigt worden, verkündigt der Vorsitzende, daß von 23 österreichischen Abgeordneten eine Gesamt-austrittserklärung eingegangen ist.

Ein Schreiben der württembergischen Kammer, welches der Nationalversammlung mitgeteilt wird, erklärt sich für die Unterwerfung Württembergs unter die Beschlüsse der deutschen Nationalversammlung und für die unbedingte Aufrechterhaltung der deutschen Verfassung nebst den Grundrechten und dem Reichs-Wahlgesetze. Ein allgemeines Bravo folgt auf die Verlesung dieses Schreibens.

Herr Würtz aus Sigmaringen ruft das Reichsministerium des Aeußern wegen der Behandlung an, welche der deutsche Republikaner Willich von den französischen Behörden erfahren habe. Herr Geveloht berichtet für den Marineauschuss, daß derselbe beantragt, das Reichsministerium solle ersucht werden:

1) ein Gesetz über die Verteilung der Prisenfelder für den Seesdienst zu entwerfen und der Reichsversammlung vorzulegen; 2) nach Eingang der näheren Berichte über das ruhmwürdige Geseht von Eckernförde am 5. April diejenigen Männer, welche sich bei demselben besonders ausgezeichnet haben, nachhaft zu machen und zu entsprechenden Belohnungen in Vorschlag zu bringen. Diese An-

träge des Marine-Ausschusses erhebt die Versammlung ohne weitere Beratung zum Beschlusse.

Zu dem Berichte des Prioritäts- und Petitions-Ausschusses über die Bernburger Angelegenheit sind mehrere gedruckte Verbesserungs-Anträge eingebracht. Die vom Ausschusse gestellten Anträge, deren Annahme Herr v. Büttel dem Hause empfiehlt, sind folgende: In Erwägung, daß, was zunächst die über den Reichskommissär von Ammon erhobene Beschwerde betrifft, solche jedenfalls, abgesehen von ihrer tatsächlichen Begründung, mittlerweile durch die erfolgte Abberufung des genannten Reichskommissärs für erledigt zu halten; in fernerer Erwägung, daß die sonstigen Anträge und Vorstellungen, welche darauf gerichtet sind, daß wegen der bezweifelten Regierungsfähigkeit des zeitigen Inhabers der Regierungsgewalt in Bernburg eine dussauische Regentenschaft angeordnet werden möge, oder daß eine völlige Bereinigung Bernburgs mit Dessau zu Stande komme, oder endlich, daß der in Bernburg verhängte Belagerungszustand wieder aufgehoben werde, theils die allgemeine Sicherheit und Wohlfahrt des deutschen Bundesstaates zu treffen, welche zu wahren, gemäß den Bestimmungen des Gesetzes über die Centralgewalt, zunächst Aufgabe des Reichsministeriums ist, theils aber unter den von der Nationalversammlung in der Mediationsfrage gefaßten Beschlüssen fallen, welchem zufolge ebenfalls zunächst das Reichsministerium die Vermittelung zu übernehmen hat; endlich in Erwägung, daß die obigen Anträge und Vorstellungen durchgängig auch bereits bei der Centralgewalt angebracht sind, und die Reichsversammlung von den Büttelern zu meist nur um eine fördernde Unterstützung angegangen ist — beschließt die Reichsversammlung: über den ersten Gegenstand zur Tagesordnung überzugehen; dagegen im Uebrigen die Angelegenheit des Reichsministeriums mit der Aufforderung zu überweisen, die Absendung eines Kommissärs, oder sonst das Geeignete in der Sache zu verfügen.

Das Haus entscheidet sich in allen Punkten dem oben mitgetheilten Ausschussantrage gemäß und mit Ablehnung aller Verbesserungs-Anträge und Zusätze.

Frankfurt, den 17. April. 202. Sitzung. Vorsitzender: Zweiter Vicepräsident v. Eisenstuck. Tagesordnung: Verathung der von den Abgeordneten Adams und Breuning Namens des Ausschusses für die Wahlen von Thingen und Constanz erstatteten Berichte, betreffend die Ertheilung der Erlaubniß zur Verhaftung des Abg. Peter. Verathung des vom Abgeordneten Gsmarch, Namens des völkerechtlichen Ausschusses erstatteten Berichts: a) betreffend eine Petition wegen Ausgebung von Kaperbriefen, b) betreffend mehrere auf die Friedensunterhandlungen mit Dänemark bezügliche Petitionen.) Der erste Ausschussbericht des Abg. Adams trägt darauf an: die Nationalversammlung wolle beschließen: daß dem Verlangen auf Ermächtigung zum Untersuchungsverfahre gegen den Abg. Peter zur Vermeidung von Collisionen bezüglich der ihm angeschuldigten Theilnahme an dem unterm 17. April v. J. stattgehabten hochverräterischen Unternehmen nach der mäliger Sachlage nicht stattzugeben sei, daß aber der Fortsetzung des gegen denselben eingeleiteten gerichtlichen Verfahrens kein Hinderniß entgegenstehe. Der zweite Ausschussbericht des Abg. Breuning beantragt: Die Nationalvers. wolle nunmehr die gegen den Abgeordneten Peter nachgesuchte Ermächtigung zu der Verhaftung in der gegen denselben schwebenden Untersuchung wegen Theilnahme an dem im April vorigen Jahres stattgehabten hochverräterischen Unternehmen ertheilen. An der Diskussion beteiligten sich die Abgg. Christ, Brentano, Zacharia aus Göttingen. Der Abgeordnete Wammien und Mehrere nehmen den Antrag des ersten Ausschussberichtes auf und bei der Abstimmung wird derselbe angenommen. (Bravo links.) Die Versammlung geht hierauf zum zweiten resp. dritten Gegenstande der Tagesordnung. Zuerst wird Alinea a desselben in Verathung gezogen. Der Bericht lautet: „Bericht des völkerechtlichen Ausschusses, betreffend eine Petition wegen Ausgebung von Kaperbriefen. Berichterstatter: Abg. Gsmarch. In einer mit 460 Unterschriften bedeckten Petition aus Altona, die dem völkerechtlichen Ausschuss zugewiesen worden, wird gebeten, daß die hohe Nationalversammlung die Centralgewalt vermöge, daß sie zum Schutze und zur Repressalie für das von Dänemark etwa erbeutete Privateigenthum, beim Wiederbeginn des Krieges, Kaperbriefe ertheile. Nach dem Erachten des Ausschusses werden die bei dem bevorstehenden Wiederaufange der Feindseligkeiten in Beziehung auf die Kriegführung zu treffenden Maßregeln dem verantwortlichen Ministerium der Centralgewalt lediglich zu überlassen sein, und der Ausschuss trägt darauf an: Daß die hohe Nationalversammlung das erwähnte Gesuch dem Reichsministerium überweisen wolle.“ An der Diskussion über den Gegenstand beteiligten sich die Abgeordneten Gsmarch, Jahn, Geveloht, Wedekind, und Merck aus Hamburg. Letzterer ersucht die Versammlung über den Gegenstand zur Tagesordnung überzugehen in Betracht des schlechten Standes der deutschen Marine; er behauptet, es sei in den deutschen Marineangelegenheiten nichts gethan worden. Man habe sogar den Capitän Jackson, unter dessen Leitung das Schiff „Arabia“ gestrandet sei, wieder zum Marinecapitän ernannt. Abg. Meier aus Bremen vertheidigt die Thätigkeit der Marineabtheilung. Was in vier und einem halben Monat habe gethan werden können, sei gethan worden. In so kurzer Zeit schaffe man freilich keine Flotte. Unterstaatssecretär Fallati ist gegen die Vertheilung von Kaperbriefen für jetzt, doch nicht für alle Zeiten, er will dieselben nur im äußersten Nothfalle vertheilt sehen. Stimmt für die Tagesordnung. Was die Angriffe gegen das Marineministerium betrifft, so berührt er die Anstellung des Englischen Capitäns Jackson in der Deutschen Marine. Er zeigt, daß das Strand des Deutschen Schiffes „Arabia“ durch die Schuld des Lootsen und nicht durch die des Capitäns Jackson erfolgt sei. — Die Versammlung geht über den Antrag des Ausschusses zur Tagesordnung über. Die Versammlung schreitet hierauf zur Verathung des Punktes b des zweiten Gegenstandes der

Tagesordnung. Der Antrag des Ausschusses lautet: In Erwägung, daß diese Petitionen sich sämmtlich auf die vor kurzem zu London eröffneten Friedensunterhandlungen mit Dänemark beziehen, und es dem Ausschusse bekannt ist, daß eine große Anzahl von Petitionen ähnlichen Inhalts direkt an die Centralgewalt gelangt ist, trägt der Ausschuss darauf an: Daß die hohe Nationalversammlung beschließen wolle, die vorgebrachten Petitionen dem Reichsministerium des Aeußern zur geeigneten Berücksichtigung zu überweisen.“ Der Antrag des Ausschusses wird angenommen. Desgleichen ein vom Abg. Röder zu den Anträgen der beiden Ausschüsse gestellter Zusatzantrag, dahin gehend: „Die hohe Nationalversammlung wolle der hohen Reichsregierung dringend empfehlen, bei den vielleicht in Kurzem wieder einzuleitenden Friedensunterhandlungen von Dänemark 1) vollständige Entschädigung für die dem Deutschen Privateigenthum durch Wegnahme Deutscher Handelschiffe und Güter zugefügten Verluste, 2) Befreiung aller Deutschen Schiffe und ihrer Ladungen vom Sundzoll zu fordern und zu erwirken, bis dahin 3) Veranlassung zu treffen, daß zur Deckung der ad 1 zu machenden Ansprüche in den hoffentlich durch die Erfolge der Deutschen Waffen in Besitz zu nehmenden feindlichen Gebieteile zureichende Contributionen beigetrieben und in Verwahrung genommen werden, und 4) im Interesse des Deutschen Handels diese Absichten zur Warnung der Dänischen Regierung sofort mitzutheilen.“ — Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 11½ Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag den 19. April. Tagesordnung: Verathung mehrerer Ausschussberichte.

Frankfurt, den 17. April. In der gestrigen Versammlung der österreichischen Mitglieder der Nationalversammlung wurde die von der Commission entworfene Vorstellung an das österreichische Gesamtministerium zwar im Allgemeinen gebilligt, jedoch nur von Wenigen unterzeichnet. Diese auffallende Theilnahmslosigkeit soll einestheils durch den bereits gestern erfolgten Austritt einer beträchtlichen Anzahl Oesterreicher hervorgebracht worden sein, andernteils aber auch darin ihren Grund haben, daß die Frage, ob der Austritt Einzelner zulässig sei, bevor die österreichische Regierung ihr letztes Wort gesprochen, verneint wurde.

Man versichert, daß die jüngste österreichische Note nicht vollständig der Öffentlichkeit übergeben sei. In dem Abdrucke der Wiener Zeitung fehlt eine Stelle, worin es heißt, Oesterreich werde nimmermehr zugeben, daß eine auswärtige Volksvertretung mitzuspochen habe über die Regierung österreichischer Provinzen. Es soll ganz am alten Staatenbunde festgehalten werden.

Eine gestrige Plenar-Verathung des Dreißiger-Ausschusses führte noch keine Verständigung über einen Bericht oder ein Majoritäts-Erachten herbei. Heute soll die Verathung fortgesetzt werden, und der Ausschuss hofft, sich über einen Majoritäts-Antrag einigen zu können, indem der vorgeschlagene Vollziehungsausschuss wohl keinen Eingang finden wird.

Darmstadt, den 15. April. Es dürfte von Interesse sein, zu vernehmen, daß im Großherzogthum Hessen die Abschaffung der kein Amt bezeichnenden Titel bereits eingetreten ist. Der erste öffentliche amtliche Erlass, der dies im Leben führt, ist die Bekanntmachung der Vorlesungen an der Universität Gießen. — Die Geheimen Räte, die Geheimen Regierungs-, Justiz-, Medizinal-, Ober-Stellbienen und anderen Räte sind verschwunden.

Mainz, den 16. April. So eben ist, wie uns aus guter Quelle mitgeteilt wird, an die Commandantur der hiesigen österreichischen Garnison die Ordre eingelaufen, von jeder der hier liegenden Artillerie-Compagnien die 80 besterweiterten Leute direct nach Ungarn abgehen zu lassen. Es liegen hier drei Compagnien, jede zu 150 Mann.

Wien, den 17. April. Im Ganzen lauteten die bis gestern Abend aus Ungarn eingelaufenen Nachrichten für die Kaiserl. Sache günstiger, wenn schon einzelne sehr erhebliche Thatsachen, die von den ministeriellen Organen selbst zugegeben wurden, auf das Gegentheil schließen lassen. — Vor der Hand (sagt der gestrige Abend-Club) geben sich die Ungarn bei Waizen sehr hochmüthig und schicken Briefe und Effecten, die durchpassiren, ungefährdet nach Pesth, nur daß dieselben früher geöffnet, durchsucht und mit dem amtlichen Siegel des Landesvertheidigungs-Ausschusses versehen werden. Unter solchem Cover kam auch eine Depesche mit der Nachricht nach Pesth, daß G. v. M. Göß im Ungar. Lager mit allen Ehren zur Erde bestattet wurde. Bei der Feierlichkeit waren 12 Bataillone ausgerückt. — F. v. M. Meier ist von dem Kommando des in Südbungarn operirenden meercorps abberufen und dasselbe dem F. v. M. Castiglione übergeben worden, demselben, der durch sein entschlossenes und muthvolles Benehmen bei dem Ausruhr in Krakau sich ausgezeichnet hat. — Der Serbische Nationalgeneral Knjczanin ist mit 3000 Serbischen Freischälern aus Serbien in die Wojwodina eingerückt, um seinen Stammgenossen zu Hülfe zu eilen. — Sehr wichtig ist ein von der heutigen „österreichischen Post“ mitgetheiltes Aftenstück in Betreff neuer staatl. Dreieinigkeits in der Mitte des Reiches, nämlich des dreieinigen Königreichs Serbien, Slavonien, Dalmatien. Dieses dreieinige Königreich soll den Kristallisationskern bilden, um welchen die übrigen Slavonischen Provinzen der Oesterreich in der Folge sich beliebig zu einem Ganzen gruppieren können; wie aber soll das dreieinige Königreich ohne Bestimmung von 2 seiner Landtagsmitglieder in irgend einen Verband gezogen werden können, welchen Oesterreich mit Deutschland jetzt oder in Zukunft eingehen sollte. Unter den wesentlichen Bestimmungen dieses Aftenstücks heben wir hervor: Unter der Benennung des dreieinigen Königreichs wird verstanden: a) Croatien, längst der Militärgrenze desselben, dem Kroatischen Küstenlande, der Murinsel, der Freis-Hafenstadt Fiume mit ihrem Bezirke; b) Slavonien mit dem Militärgrenzgebiet; c) Dalmatien. Das Königreich Dalmatien wird zu dem dreieinigen Königreich in jenen Beziehungen stehen, welche dessen

Vertreter in Gemeinschaft mit dem Landtage des dreieinigten Königreichs festsetzen werden. — Der König des dreieinigten Königreichs ist im Sinne der pragmat. Sanction der jedesmalige Kaiser von Oesterreich. — Die Regierung des dreieinigten Königreichs ist eine doppelte nämlich die Landesregierung unter dem Namen „des Staatsrathes des dreieinigten Königreichs“ und die allgemeine Oesterreichische Central-Regierung.

Die „Wiener Zeitung“ meldet in ihrem amtlichen Theil die Berufung des Fürsten Windischgrätz nach Olmütz und giebt als Grund an, daß der Kaiser „dessen Einsicht und vielseitige Erfahrungen bei der Verathung sehr wichtiger Angelegenheiten benutzen wolle.“

Prag, den 14. April. Heute um 7 Uhr kehrte Kaiser Ferdinand von seinem Besuche in Olmütz zurück. Wie es heißt, kommt auch Kaiser Franz Joseph vor dem 19. hier an, welcher Tag bekanntlich der Geburtstag seines Oheims, des Kaisers Ferdinand, ist. Zur Feier dieses Tages werden zu Ehren des Monarchen, der von seinen Völkern den Namen des Absolutismus genommen, große Vorbereitungen getroffen. — Heute fuhr mit der Eisenbahn eine Division Ungarn, nach Ungarn bestimmt, ab.

Proby, den 9. April. Die neue Rekrutierung durch das Loos geht hier und in der Umgegend schon seit einigen Wochen von Station. Am leichtesten ist das erforderliche Contingent unter dem Landvolke aufzutreiben. In manchen Dörfern will man über die abzustellenden Rekruten nicht einmal losen. „Wöge der Kaiser aus unserer Mitte so viele Soldaten wählen, als er nöthig hat,“ heißt es. „Er hat uns die Robot geschenkt, wir müssen uns nun unsererseits dankbar zeigen.“ Es liegt etwas eigenthümlich Mührendes in der naive Anschauungsweise dieser Naturmenschen, welche in ihrer endlichen Erlösung von Jahrhundert langer Sklaverei nur ein großmüthiges Kaiserliches Geschenk sehen. In den Städten ist unter manchen Klassen noch eine gewisse Abneigung gegen den Militärdienst bemerklich.

Italien.

Nach einer Angabe der „Allg. Ztg.“ soll Alexandria nun doch von Oesterreichischen Truppen besetzt werden. Die Sardinische Flotte unter Albini, deren Haltung eine Zeit lang zweifelhaft war, zieht sich dagegen jetzt nach Alben's Versicherung an den Gouverneur von Triest aus dem adriatischen Meere zurück. Sie war mit dem Oesterreichischen Geschwader zugleich in Pirano eingelaufen und hatte sich friedlich neben dasselbe gelegt, um Schutz gegen den Scirocco zu finden. Dann war sie nach Venedig abgegangen, um zwei dort stationirte Schiffe abzuholen und mit ihnen heimzukehren. — Die Uebergabe Genua's hat am 10. April wirklich Statt gefunden. Der General Avezzana, der von der versprochenen Amnestie ausgeschlossen war, hat sich auf einem Amerikanischen Dampfer gerettet. Außerdem sind von der allgemeinen Amnestie ausgenommen 12 der am meisten compromittirten Personen, worunter die Advokaten Morchio, Lazoli, Pellegrini und Constantino Reta, letzterer auch Mitglied der aufgelösten Deputirtenkammer. Alle Nachrichten von dem furchtbaren Bombardement der Stadt, dem heftigen Blutvergießen u. s. w. waren im höchsten Grade übertrieben. Die Stadt ist sehr wenig beschädigt, der Verlust beider Parteien unbedeutend. Die Oesterreicher lieferten ruhig die Waffen ab, räumten die Barrikaden fort und ließen die Truppen von allen Forts Besitz nehmen. Die Verwaltung wurde einer aus den Herren Domenico Doria, Pamphili und Tito Orsini bestehenden Commission übergeben. — In Rom hat eine Volksdemonstration unter den Fenstern der Consulta — früher bewohnte sie der Cardinal Lambruschini, jetzt Mazzini — die repubblica rosa leben lassen. — Die Absicht, die Kunstschätze Roms zu veräußern, gegen welche Cardinal Antonelli den bekannten Protest erhoben hat, ist, wie uns aus Rom geschrieben wird, niemals bei der Römischen republikanischen Regierung vorhanden gewesen. Die Aufgrabungen des alten Forums schreiten rüstig fort. — Die Neapolitaner haben, drei Linien-Bataillone stark, das von den Römern besetzte Fort von Epitaffio angegriffen, haben sich aber bald wieder zurückgezogen. — Aus Gaeta schreibt man: Der Papst ist jetzt ruhiger. Es befinden sich gegenwärtig 16 Cardinale in Gaeta, worunter der Cardinal Mai der einflussreichste bei dem Papste ist. Die fremde Diplomatie unterhandelt nur mit dem Cardinal Antonelli. Der Papst begnügt sich, seine Zustimmung zu geben. — Der Dictator und das Ministerium von Toscana haben eine feierliche Erklärung abgegeben, daß sie nie, weder direkt noch indirekt, mündlich oder schriftlich, über die Rückkehr des Hauses Lothringen auf den Thron von Toscana unterhandelt haben. Sie versichern, daß sie nie eine Veränderung der Regierungsform von Toscana zugeben werden, ohne die konstituierende National-Versammlung darum zu befragen.

Rom, den 7. April. Gestern, als am Charfreitag, fand in St. Peter zum ersten Male wieder die Kreuz-Beleuchtung Statt, aber ohne Erlaubniß des Papstes. So schön das Schauspiel an sich war, so traurig war der Eindruck des Ganzen. Vor den weit geöffneten Pforten von St. Peter stand eine Compagnie Carabinieri. In der Kirche wandelten viele Civica-Schildwachen umher. Das Andenken an die Feier des heiligen Tages schien auf einmal aus dem Gedächtnisse aller verschwunden zu sein. Nirgends entdeckte man eine Spur von jenen conventionellen Rückfichten, die beim Militär, wo Alles in Form aufsteht, so sehr vermist werden, wenn sie außer Acht gelassen sind. Sonst pflegten die Soldaten mit demontirtem Gewehr im Gegenlicht ihre Hirschfänger recht ostentativ aufgespiant. Auch die Glocken, die sonst während der Grabesruhe schwiegen, wurden nicht in Frieden gelassen. Kurz, die politische Reaktion artet jetzt auch in eine religiöse Widersetzlichkeit aus, und das Volk empfindet dies

sehr übel. — Das Inquisitions-Gebäude ist in Wohnungen für unbemittelte Familien verwandelt worden.

Rom, den 9. April. Das Osterfest ward mit Glanz begangen, an der Stelle der Cardinale erschienen die Abgeordneten der constitutionellen Versammlung. Bei dem Vorübertragen des Allerheiligsten spielte die Militärmusik die Marschallse: die Kuppel-Beleuchtung war dreifarbig.

Dänemark.

Kopenhagen, den 15. April. General Krogh und Stabschef Oberst Jessen sind beide mit dem Bescheide abberufen worden, sie hätten nicht die Ordre des Kriegsministers befolgt. Obgleich unsere Armee noch nicht in Jütland angegriffen worden, ist man hier doch schon darauf gefaßt, den Widerstand auf die Inseln und auf die See zu beschränken. — Die finanzielle Lage sucht unsere Regierung jetzt durch Anruf des Patriotismus zu bessern.

Rußland und Polen.

Von der polnischen Grenze, den 13. April. Vor einiger Zeit ist in Krakau ein Werk erschienen, das merkwürdige Aufschlüsse über die Wirksamkeit der polnischen demokratischen Vereine giebt. Der Verfasser dieses Buches ist der Neffe des galizischen Landes-Gouverneurs, Herrn v. Jaleski, und der Inhalt muß der Centralisation der polnischen demokratischen Vereine in der öffentlichen Meinung sehr schaden. Dieses Buch weist mit Dokumenten nach, daß die in Paris ihren Sitz habende Centralisation der polnischen demokratischen Vereine in wenigen Jahren zehn Millionen polnische Gulden unnütz verschwendet hat und ihre meisten Emis-saire verräther waren, die im Einverständnisse mit der Centralisation die befähigtesten und ehrlichsten Mitglieder nach Rußland schickten und sie selbst verräther, so daß sie natürlich nie mehr zurückkehrten, während man die unterschlagenen großen Summen diesen unglücklichen Opfern in Rechnung brachte. Auf diese Weise wurde nach der Darlegung des jungen Jaleski die Centralisation ein Werkzeug Rußlands, und diente, während sie die polnischen Länder auslog, nur dazu, die Pläne des Czaren zur Unterdrückung der polnischen Freiheit zu befördern.

Kammer-Verhandlungen.

31te Sitzung der Zweiten Kammer vom 19. April.

Präsident: Grabow.

(Schluß.)

Die namentliche Abstimmung über das Benschelsche Amendement hat folgendes Resultat: 167 Stimmen für, 167 gegen das Amendement. Dasselbe ist also abgemittelt. Der zweite Satz des §. 7. des Ausschussentwurfs wird, wie die Fassung ergiebt, mit 167 gegen 165 Stimmen verworfen. Es wird noch einmal über diesen Satz und zwar durch Namensaufruf abgestimmt. Das jetzige Resultat ist: 167 Stimmen für, 167 gegen den 2ten Satz. Er ist also wiederum verworfen. Das Zusatz-Amendement von Kleit-Rehew wird durch namentliche Abstimmung mit 250 gegen 79 Stimmen verworfen. Jetzt findet über den ganzen amendirten Paragraphen die namentliche Abstimmung Statt. Der amendirte §. 10. lautet: „Die Vorsteher solcher Vereine, welche eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecken und welche nicht zu den kirchlichen oder religiösen Vereinen gehören, sind verpflichtet, Statuten über Verfassung und Wirksamkeit des Vereins, sowie alle Abänderungen binnen 3 Tagen, nach dem sie zu Stande gekommen, der Disziplinärbehörde zur Kenntnissnahme einzureichen, derselben auch auf Erfordern die darauf bezügliche Auskunft zu erteilen.“ 168 Abgeordnete stimmen für, 167 gegen den §. 10. Er ist also mit einer Stimme Majorität angenommen. (Schluß der Sitzung 5 Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend 9 Uhr.) Tagesordnung: Zunächst der Robertus'sche und dann der Schulze-(Delitzsch'sche) Antrag.

Wochen-Bericht.

Noch ist der lang ersehnte Frühling für Deutschland nicht angebrochen; heitere Sonnenblicke wechseln mit niederschlagenden, trüben Tagen. In diesem Augenblicke sind die Hoffnungen wieder zuversichtlicher geworden und ohne unerwartete Hindernisse scheint in der That die lang ersehnte Feststellung der Deutschen Verfassung mit dem Kaiser an ihrer Spitze nicht mehr fern zu sein. Die meisten Regierungen haben sich so erklärt, wie es einzig ihrer Würde gemäß, im gegenwärtigen Zeitpunkt einzig möglich war. Jetzt haben sich bereits 28 Regierungen für die Annahme der Kaiserwürde durch den König von Preußen auf Grund der Verfassung ausgesprochen. Freilich fehlen Baiern, Hannover und Sachsen noch, obwohl in Sachsen durch die Erklärung der Kammer der gleiche Anspruch kaum zweifelhaft ist. Ob sich Hessen-Homburg für oder gegen ausspricht, wird die Sache nicht ändern. Nicht minder schwer fallen die fast überall erfolgten Beschlüsse der Volksvertreter in demselben Sinne ein; namentlich ist der der Würtembergischen Kammer energisch. In ihr, wie in mehreren andern wird der Frankfurter Versammlung ausschließlich das Recht zugesprochen, die Deutsche Verfassung endgültig festzustellen. Das Resultat liegt offenbar abermals in den Händen der Preussischen Regierung: ist hier Gerüchten zu trauen, so darf man hoffen, daß sie endlich eine nationale Politik einschlagen werde. Wenigstens scheint nach der letzten Oesterreichischen Note kaum noch ein anderer Weg übrig zu sein. Denn mit Oesterreich kann Preußen doch unmöglich fürder Hand in Hand geben: die Forderung, daß das Schicksal Deutschlands von der Zustimmung sämmtlicher Fürsten abhängen solle; die abermalige Erklärung, Oesterreich werde sich niemals einer andern Obergewalt unterwerfen, die herausfordernde, ja drohende Sprache, die in der Note geführt ist, lassen es als Ehrensache unsers Ministeriums erscheinen, mit gleicher Entschiedenheit das Recht des Deutschen Volks zu vertreten, sich in einem Bundesstaate zu vereinigen. Eine Antwort scheint indeß noch nicht nach Olmütz gegangen zu sein; wahrscheinlich, weil man erst die Erklärungen aller Deutschen Regierungen gehört haben will.

Eine in jeder Beziehung wichtige Entscheidung muß nun noch in Frankfurt a. M. erfolgen. Der Beschluß, die Verfassung ganz und gar aufrecht zu erhalten, also um keinen Preis die monarchische Spitze fallen zu lassen, ist ein neuer Sieg der wahrhaft patriotischen Bundesstaatspartei, zu der jetzt auch ein großer Theil der Linken gehört. Die weiteren Maßnahmen werden ohne allen Zweifel durch die Erfolge der von den Regierungen abgegebenen Erklärungen bedingt sein. Das Vertrauen aber zu einer fortdauernd patriotischen Haltung der Versammlung steigt immer höher, je mehr Oesterreichische Abgeordnete aus ihr ausscheiden. Zwar bleibt die Mehrzahl der Oesterreicher trotz des Beschlusses ihrer Regierung noch immer in Frankfurt; aber die Anzahl der Schorchenden wird doch von Tage zu Tage größer. Daß ihr Rücktritt ganz konsequent aus dem Verhältnisse Oesterreichs zum Bundesstaate folgt, versteht sich von selbst. — Wie wenig indeß die Oesterreichische Regierung dar-

an denkt, mit einer solchen Maßregel dem allgemeinen Besten dienen zu wollen, zeigt ihre Aufforderung an den Reichsverweser, von dem von ihm beschlossenen Rücktritt wieder abzusehen: man sieht, sie sucht die Regelung der Deutschen Angelegenheit auf jede Weise zu hintertreiben oder, wie sie sagt, ihren aufrichtigen Antheil an dem Schicksal ihrer alten, nun von ihr abgefallenen Bundesgenossen zu betheiligen.

Im Dänischen Kriege sind von den Deutschen große Fortschritte gemacht. Daß die Schlacht bei Eckensförde die Dänen niederschlagen hat, versteht sich wohl von selbst. Alle ihre Versuche, die Gestein wieder zu gewinnen, sind erfolglos geblieben; auch der Geysir scheint für den Krieg untauglich geworden zu sein. — Das Hauptbollwerk der Dänen ist die Insel Alsen. Hier und bei Fredericia haben sie bedeutende Truppenmassen aufgestellt und dadurch bleiben die Deutschen beim Einrücken in Jütland der Gefahr ausgesetzt, im Rücken oder in den Flanken von ihnen angegriffen zu werden. Es kommt also viel darauf an, sie entweder aus diesen Stellungen herauszuwerfen, oder ihnen die Communication mit dem Festlande abzuschneiden. Diesen Zweck hatte die Erstürmung der Düppeler Schanzen. Zwar ist die nach Alsen führenden Brücke noch nicht genommen: allein der dort ersichtene Sieg ist wegen der großen Verluste der Dänen immer ein bedeutender Erfolg und läßt die völlige Erringung des erstrebten Zieles hoffen. — Daß von den im ersten Augenblicke als todt Gemeldeten etwa $\frac{1}{2}$ wieder lebendig geworden sind, mindert nicht die Bedeutung des Ereignisses. — Dringend zu wünschen ist nun, daß der bereits begonnene Einmarsch nach Jütland mit rascher Entschiedenheit ausgeführt werde, die Nachricht, daß ein Protest des Czaren abermals die Sistirung der weiteren Kriegsoperationen zur Folge haben werde, wird sich hoffentlich als unbegründet erweisen.

Die innere Entwicklung Preußens bedarf immer dringender eines Ministerwechsels. Wie gering die moralische Macht der gegenwärtigen Regierung ist, zeigte die Abstimmung über das Platzengesetz; auch nicht um eine Stimme war das Ministerium gegen diejenigen in der Majorität, welche über den ganzen Segenswurf zur einfachen Tagesordnung übergehen wollten. Die späteren Beschlüsse haben dann das ganze Gesetz wesentlich umgestaltet. — Die Gefesvorlage wegen Beschränkung des Versammlungsrechts scheint dasselbe Schicksal zu haben; wenigstens ist schon eine ganze Reihe der vom Ministerium als nöthig erachteten Beschränkungen gefallen. — Die erste Kammer hat die von der Kommission vorgeschlagene Geschäftsordnung ohne Debatte angenommen.

Das Ministerium hat inzwischen für die Verathung des Gesetzes in der That das Nöthige vorbereitet. — Ob für das Unterrichts-gesetz die gegenwärtig in Berlin tagende Schulmännerversammlung irgendwie wichtig werden wird, ist bei der mangelhaften Zusammensetzung, so wie bei der schlechten Unterstützung derselben durch ministerielle Vorlagen u. dgl. höchst zweifelhaft.

Oesterreich geräth durch seine Niederlagen in Ungarn immer mehr in eine missliche Lage. Schon seit längerer Zeit befand sich Windischgrätz in der Defensive trotz aller Verstärkungen. Die Ungarische Armee sammelte sich unweit von Pesth und ist, obwohl eine entscheidende Schlacht noch nicht erfolgt ist, augenscheinlich im Vortheile. — Waizen ist an die Ungarn verloren gegangen und die Entzweiung von Komorn ist höchst wahrscheinlich. Windischgrätz hat seinen Oberbefehl niederlegen müssen, während Welden auf den Kriegsschauplatz geeilt ist. Auch in Banat ist Perzel siegreich gewesen: er hat St. Thomas genommen und wendet sich nun gegen Titel, einen höchst wichtigen Platz. — Die Stimmung der Wojwodschast wird immer bedenklicher für die kaiserliche Regierung; jetzt heißt es, sie sei von dieser unter die selbstständigen Kronländer aufgenommen worden.

In Italien beobachtet Radetzki eine weise Mäßigung; eine seiner nächsten Aufgaben ist die Einnahme Venedigs, wo man sich fortwährend auf den Krieg gefaßt hält. — Genua hat sich nach blutigem Kampfe an den General La Marmora ergeben, nachdem in Turin eine völlige Amnestie bewilligt war. In Toscana hat sich die Assemblée vorläufig verlagert, um dem Dictator freie Hand zu lassen, und so lange auf die weitere Regelung der Verfassung und der engeren Vereinigung mit der Römischen Republik hinausgeschoben. — Nach den Berichten aus Rom herrscht im ehemaligen Kirchenstaate der wütheste Terrorismus der Waffen; man glaubt jetzt wieder die fremde Intervention sehr nahe bevorstehend. Um so schlimmer ist es, daß zwischen der Römischen Republik und Sicilien eine gewisse Eifersucht zu herrschen scheint; wenigstens wird jene von den Sicilianern nicht anerkannt. Indes hat die Blockade von Palermo begonnen und man ist auf den Kampf dort gefaßt.

Frankreich's Nationalversammlung hat sich in der letzten Zeit hauptsächlich mit dem Budget beschäftigt. Der Geist, der jetzt dort regiert, ist um nichts besser, als der, welcher vor dem 27ten Februar herrschte. — Um jede Möglichkeit der Bildung von Clubs zu hindern, werden sogar schon die Wahlversammlungen mit Polizeilisten besetzt. — Nebenher ist in der Nationalversammlung auch der Staatsrath gewählt worden.

Der Russische Kaiser läßt wieder Truppen ausheben; sein besonderes Augenmerk hat er offenbar auf die Moldau und Wallachien gerichtet. Die Beschränkungen der Presse, die von dort gemeldet werden und von denen ganz und gar eigentlich nur Russische Blätter ausgenommen sind, zeigen deutlich seinen Einfluß. Schon wird in den Kirchen für ihn gebetet und es steht zu erwarten, daß Rußlands Pläne dort bald in sehr entschiedener Weise zur völligen Ausführung kommen.

Locales etc.

+ Neustadt a. M., den 19. April. Gestern ereignete sich in dem 17 Meile von hier entfernten Städtchen Zerkow ein trauriger Vorfall.

Ein dortiger Handelsmann lebte seit einiger Zeit mit einer sich ebenfalls in Zerkow aufhaltenden separirten Frau in vertraulichem Umgange, der die gewöhnlichen Folgen hatte. Gestern spät am Abend, als beide allein waren, wiederholte ihm die Verführte die schon mehrmals gestellte Frage, ob er sie nun auch ehelichen werde? Dieser suchte sich durch einen Werdanfall der für ihn peinlichen Fragen zu entledigen, und versetzte der Frau mehrere Schläge mit einem Messer in Kopf und Hals, worauf er aus Angst vor der Entdeckung und vom bösen Gewissen gequält sogleich mit einer gemietheten Fuhr nach Neustadt kam und von hier heut früh 3 Uhr mit Extra-Post nach Schroda und von dort mit Privat-Fuhr nach Posen fuhr. Heute früh erschien hier der Gendarm und später der Bürger-

meister Schwarz aus Zerkow, welche den Mörder hier noch anzutreffen glaubten, und als sie sich hierin getäuscht sahen, sogleich die erforderlichen Schritte zu dessen Haftverurteilung thaten. Die gemißhandelte Frau lebt zwar noch und hat die Person ihres Mörders selbst bezeichnet; ob dieselbe jedoch bei ihren gefährlichen Wunden mit dem Leben davon kommen wird ist sehr zu bezweifeln, und ebenso, ob der Thäter ergriffen werden wird, indem derselbe zur Zeit seiner Verfolgung schon einen bedeutenden Vorsprung gewonnen haben könnte.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

Dem großen Theil unseres Publikums, welcher sich noch eine

Stadt-Theater.

Sonntag den 22ten April zum Zweitenmal: Martha, oder: Der Mägde-Markt zu Richmond; große Oper in 4 Abtheilungen von W. Friedrich, Musik von F. v. Flotow.

Montag den 23ten April zum Erstenmal: Große Zauber-Soiree von den Gebrüdern Louis und Albert Schmidt:



Diesem geht vor: Eigensinn; Lustspiel in 1 Akt von R. Benedix.

Dienstag den 24ten April: Nathan der Weise; dramatisches Gedicht in 5 Aufzügen von Lessing. — Nathan: Herr Jeremias, vom K. Hoftheater zu Wien.

Die Verlobung meiner Tochter Louise mit dem Apotheker Herrn Hanisch aus Tüchel beehre ich mich ergebenst anzuzeigen. Schmiegel, den 16. April 1849. S. Geisler.

Nothwendiger Verkauf.

Ober-Landesgericht Bromberg.

Das im Mogilnoer Kreise belegene Rittergut, Stadt Gembice No. 52, so wie das dazu gehörige Dorf Dzierzajno No. 38, zusammen landchaftlich auf 22,093 Rthlr. 23 Sgr. 10 Pf. abgeschätzt, soll in fortgesetzter Subhastation am 24ten Mai 1849 Vormittags um 10 Uhr

im Gerichtsgebäude des künftigen Kreis-Gerichts zu Trzemeszno subhastirt werden.

Taxe, Hypothekenschein und Kaufbedingungen können in der Registratur eingesehen werden.

Nothwendiger Verkauf.

Land- u. Stadtgericht zu Schneidemühl.

Das zum Nachlaß des verstorbenen Ernst Wilhelm Krüger gehörige, bei Usc belegene Freigut Malinchen, gerichtlich abgeschätzt auf 10,682 Rthlr. 21 Sgr. 8 Pf. zufolge der, nebst Hypothekenschein in der Registratur einzuschenden Taxe, soll im Termin am 26ten September 1849 Vormittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle Theilungshalber subhastirt werden.

Bekanntmachung.

Donnerstag den 26ten d. M. Vormittags 10 Uhr sollen im Magazin No. 1. hieselbst eine Parthie Roggen-Kleie, Roggen- und Hafer-Feigekaff, Fußmehl, Senfsamen und alte Sacklumpen gegen gleich baare Bezahlung öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden. Posen, den 20. April 1849.

Königliches Proviant-Amt.

Wein-Auktion.

Dienstag den 24ten April Vormittags von 10 Uhr ab, sollen für auswärtige Rechnung im Auktions-Lokal Friedrichstraße No. 30. vier Anker alter 1846r Rheinwein, wovon bereits ein Theil in Flaschen gefüllt, und circa 150 Flaschen alter süßer und herber Ungarwein in Parthien à 10 Flaschen, und der Rheinwein auch in einzelnen Anker, gegen baare Zahlung versteigert werden. Anschüß.

Nicht zu übersehen.

Die größte Noth der arbeitenden Klasse ist leider überall da, jedoch die unserer Weber hat den höchsten Punkt erreicht; um irgend nur zu helfen, bildeten wir schon vor längerer Zeit einen Beschäftigungsverein, wobei nicht auf Nutzen, sondern um die Waaren abzusetzen gesehen wird. — Nächste weißer Leinwand, haben wir diesen Winter Stoffe von Leinwand und von gewirter Baumwolle zu Sommer-Beinkleidern, Röcken und Westen anfertigen lassen; ein Commissions-Lager davon haben wir in Posen dem Herrn Eduard Vogt, Wilhelmstraße No. 21. Hotel de Dresde.

Der Verkauf wird da ohne weitere Provision nach unsern vorgegedruckten Preisen besorgt; von der Güte der Waaren und deren beispiellos billi-

freudige Erinnerung der genussreichen Abende, die ihm die Gebrüder Schier und der Zauberer W. Friedel bereiteten, bewahrt hat, glauben wir eine freudige Mittheilung zu machen, wenn wir die Ankunft der Gebr. Louis und Albert Schmidt melden.

Nach den uns vorliegenden, zahlreichen Berichten aus Petersburg, Riga, Tilsit, Memel, Königsberg, Thorn etc. sind sie den oben Genannten nicht allein völlig gleichzustellen, sondern sie entzücken das Publikum noch mehr durch viele neue wunderbare magische Vorstellungen. Das Königsberger Wochenblatt für Poesie, Theater etc. sagt in seiner No. 50. wörtlich:

Die Vorstellungen der Künstler Albert Schmidt werden immer zahlreicher besucht, am Sonntage und Montage war

gem Preis wird sich gewiß ein Jeder sogleich überzeugen.

Verein für Weberbeschäftigung in Greifenberg in Schlesien
Eduard Seidel.

Mit dem heutigen Tage haben wir, die vereinigten Tischlermeister, unser Möbel-Magazin in das Haus des Herrn Douchy über der Mittlerschen Buchhandlung, Markt und Neustraßen-Ecke verlegt.

Indem wir dieses einem hiesigen und auswärtigen Publikum anzeigen, nehmen wir zugleich Gelegenheit, unsere bedeutenden Vorräthe von den saubersten Möbel-Arbeiten in Mahagoni und Birkenholz, Goldbraun mit Spiegel, wie auch fertige Fußstapeln zu empfehlen. Unsere Arbeiten sind von guten Hölzern, unter unserer eignen Aufsicht gefertigt, und können wir für Güte und Dauerhaftigkeit stets die nöthige Garantie leisten, und gleichzeitig die billigsten Preise stellen. Posen, den 15. April 1849.

Die vereinigten Tischlermeister
Pöppe und Sloger.

Für ein herrschaftliches Gut wird ein Rechnungsführer, welcher auch Oekonom seyn muß, gesucht.

Das Nähere in der Handlung von
D. L. Lubenau Wwe. & Sohn.

Das hieselbst sub No. 54 belegene Grundstück, welches zur Ofenfabrikation in größerem Umfange vollständig eingerichtet ist, soll vom 1. Mai cr. ab, anderweit, ganz oder getheilt, verpachtet werden. Das Nähere beim Unterzeichneten. Schrimm, den 12. April 1849.

H. Weber, Administrator.

Breslauer Straße No. 37. ist die von Herrn Kaufmann Klingenburg innehabende Wohnung vom 1. Oktober d. J. ab zu vermieten. Freundt.

Ein neuer, unvollendeter Kutschwagen und eine Britische stehen zum Verkauf in Nullatenhausen auf dem Hofe links.

Eine gebrauchte Braupfanne von 494 Quart Inhalt steht zum Verkauf in der Eisenhandlung Judenstrasse No. 2.

Ein Laden ist zu vermieten im Hause des Apothekers R. Körber.

Frische Lein- und Rappes-Kuchen verkauft billig die Gasäther- und Del-Niederlage zu Posen, Markt-Ecke No. 84. Adolph Asch.

Guter Buchsbaum, zur Einfassung der Rabatten und zum Pflanzen auf Grabmäler, ist zu haben Fischerrei No. 84/16.

Bekanntmachung.

Die Grundstücke des dem Fiskus zugehörigen, im Bucker Kreise des Regierungsbezirks Posen, 2 Meilen von Bentschen, Pinne und von der Berlin-Posener Chaussee, 5 Meilen von Samter und von der Stargard-Posener Eisenbahn, 6 Meilen von Züllichau und 8 Meilen von Posen entfernt belegenen, bereits separirten Vorwerks Bolewice sollen im Wege der Disposition öffentlich verkauft werden. Sie sind zu diesem Behuf in 3 Haupt-Etablissements, jedes von circa 300 Morgen, unter welche die vorhandenen Vorwerksgebäude vertheilt sind, in 17 Acker-Parzellen, eine jede von 50 Morgen, in 26 Wiesen-Parzellen von 9—16 Morgen Flächeninhalt und in eine isolirt belegene, Wald-Parzelle von 271 Morgen 172 □ Ruthen zerlegt worden. Das Ackerland besteht überwiegend aus Gerstland zweiter Klasse und aus Haferland erster Klasse. Die Wiesen sind durchschnittlich zu 6 Centner Heu-Ertrag pro Morgen bonitirt. Die Gegend von Bolewice ist holzreich.

Zum Verkauf der drei Haupt-Etablissements steht am 19. Juni c. Vormittags 10 Uhr, zum Verkauf der 17 Acker-Parzellen am 20. Juni c. Vormittags 10 Uhr, zum Verkauf der 26 Wiesen-Parzellen und der isolirt belegenen Forst-Parzelle von 271 Morgen, 172 □ Ruthen am 21. Juni c. Vormittags 10 Uhr der Licitations-Termin auf dem Vorwerke Bolewice an.

Kaufslustige, welche ausreichende Zahlungs-Mittel nachzuweisen und eine Kaution bis zu ein Zehn-

theil ihres Gebots zu bestellen vermögen, werden hierdurch zu den gedachten Licitations-Terminen eingeladen. Der Verkauf der Grundstücke erfolgt zum freien Eigenthum. Die Käufer der Haupt-Etablissements haben den dritten Theil, der Käufer der Waldparzelle von 271 Morgen 172 □ Ruthen hat die Hälfte, die Käufer der übrigen Parzellen haben den vierten Theil des Kaufpreises vor der Uebergabe zu berichtigen. Die sonstigen Verkaufs-Bedingungen liegen auf dem Vorwerke Bolewice und in der Domainen-Registratur der königlichen Regierung zu Posen zur Einsicht bereit. Auch wird der Baron von Massenbach zu Bialoskoß bei Pinne auf Erfordern nähere Auskunft ertheilen. Posen, den 20. März 1849.

Die königliche Administration.

Neue Zusendungen von Stettiner Bairisch-Stettiner Lager- und Frödersdorfer Dopp. Biere empfang und empfiehlt
C. Busch, Friedrichstraße 25.

Der erste Transport der Leipziger Waaren ist so eben eingetroffen, und kann unter diesen vorzüglich als sehr preiswürdig empfohlen:

Eine reiche Auswahl der geschmackvollsten Calicoes und Ginham's, das Kleid 1 bis 2 Rthlr.,

ein Sortiment Jaconats und Mouffelines in den neuesten Zeichnungen von 5 und 6 Sgr. die Verl. Elle an,

Toil du Nord und Mousselin de Laines, so wie auch Möbel-Kattune etc. etc., zu äußerst billigen Preisen.

Anton Schmidt.

Die Tapissierwaarenhandlung von

Eduard Vogt, Wilhelms-Straße No. 21., Hôtel de Dresde,

empfehlte sich aufs Neue in diesen Artikeln, sowie mit der beliebten Berliner Strickbaumwolle und einer großen Auswahl von Berliner Corsetts, das Stück von 1 Thlr. bis 3 Thlr., auch mit echter Eau de Cologne double zur geneigten Abnahme.

Der Ausverkauf des Waarenlagers Markt No. 91. eine Tr. hoch, wird fortgesetzt.

Beachtungswerth für Damen. Eine reichhaltige Auswahl zurückgesetzter Stickereien, achter Battistafentücher und Mousselines de Laines, empfiehlt zu sehr ermäßigten, jedoch unbedingt festen Preisen

Simon Rak,
Wilhelmsstraße No. 10.

Neue moderne Kleiderstoffe in Mousselines de Laines und Wolle empfang in großer Auswahl und offerirt zu billigen Preisen

die Handlung Arnold Wittkowski,
Markt No. 84. I. Etage.

Alle Arten Militair-, Feld- und Dienstmützen, letztere auch für Intendantur- und Steuer-Beamte, probemäßig in schönster Façon gearbeitet, empfiehlt
F. Martkiewicz,
Friedrichstraße, rechts der Friedrichswahr.

Bremer Cigarren in reichhaltiger Auswahl und vorzüglicher Qualität empfang und empfiehlt zu billigen Preisen

Eduard Vogt,
Wilhelmsstraße No. 21., der zweite Laden im Hôtel de Dresde.

der Andrang so groß, daß sich die Leute wegen Billets an der Kasse förmlich schlugen.

Wir wünschen, daß dieser große Zauberer, der auch noch die wunderbare Gabe des Bauchredens besitzt und eine niedliche seltsam tanzende Automaten-Gesellschaft mit sich führt, in seiner ersten am Montag den 23. April d. J. im hiesigen Stadttheater stattfindenden Vorstellung volle Anerkennung durch zahlreichen Besuch finden möge und wir mit Schiller sagen müssen:

Das weite Haus faßt nicht die Zahl der Gäste,
Die Schmidt vereint' zu seinem Zauberfeste.

Druck und Verlag von B. Decker & Comp. in Posen.
Verantw. Redakteur: C. Hensel.

Bekanntmachung.

Bei dem am 31ten März c. in Separowo, Bucker Kreises bei Stenschemo, sich ereigneten Wohnhausbrande ist eine goldene Cylindrische Uhr mit silberner Drahtkette abhanden gekommen. Die innere Kapfel der Uhr war am Schlüssel ein wenig eingebogen, und auf der äußeren Rückseite war eine Arabeske eingravirt. Es wird vom Ankauf dieser Uhr hiermit gewarnt, dagegen dem Abgeber derselben an mich eine Belohnung von 5 Rthlr. zugesichert.

Separowo, den 12. April 1849.

R. Giersch.

In der Nacht vom 21. zum 22. d. M. find mir durch gewaltsamen Einbruch 4 Militair-Unterrocken, 7 Ellen breit, 26 $\frac{1}{2}$, 29 $\frac{1}{2}$, 28 $\frac{1}{2}$ und 28 $\frac{1}{2}$ Ellen lang, entwendet worden. Zwei graumelirte Tücher sind mit dem gestickten Buchstaben J., ein grau-melirtes mit dem Buchstaben H., und ein dunkelblaues mit dem Buchstaben C. M. bezeichnet. Sämmtliche 4 Tücher haben schmale Leisten, die 3 grau-melirten Tücher sind an den Vorderenden mit einem weißen Querschlag, $\frac{1}{2}$ Zoll breit, versehen, das dunkelblaue Tuch dagegen hat 3 bis 4 baumwollene eingewirkte Querschleifen. Indem ich vor dem Ankauf dieser Tücher warne, verspreche ich demjenigen, der mir zu meinem Eigenthum wieder verhilft, und die Thäter zur Untersuchung und Verstrafung bringt, eine Belohnung von 10 Rthlr. Der Werth einer grau-melirten Tücher beträgt 1 Rthlr., und von dem dunkelblauen Tuch 1 Rthlr. 5 Sgr.

Schwerfenz, den 22. April 1849.

H. Kluge.

Versammlung im Odeum.

Montag den 23. April 1849 Nachmittags 5 $\frac{1}{2}$ Uhr General-Versammlung des Bezirksvereins der deutschen Verbrüderung. Gegenstand der Verhandlung: der Statuten-Entwurf. Wir ersuchen die geehrten Mitglieder recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen.

Die Vertrauensmänner.

Bahn-Hof.

Heute Sonntag den 22. April
Großes Salon-Konzert
Anfang 4 Uhr.
Bornhagen.

Barteldt's Caffeehaus,

Vergstraße No. 14.

Sonntag und Montag

musikalische Abendunterhaltung durch die Familie Daubert. — Zum Abendessen verschiedene kalte und warme Speisen. Freundliche Einladung.

Dem Vertrauensmann

der Lebensversicherungs-Bank zu N., welcher derselben unlängst berichtet hat,

„daß ich dem Trunke ergeben sei“
gebe ich hierdurch gern zu erkennen, daß ich ihm vollständig und von ganzem Herzen verziehen habe, gleich allen denen, welche seit Jahren bemüht gewesen sind, mich zu verdächtigen und meine Ehre bei Vorgesetzten und Verwandten, besonders in Posen, welchen ich persönlich fern gestanden, zu untergraben.

Mag derselbe übrigens von meiner Annahme zum Mitglied jener Bank aufs Neue die Ehre hinnehmen, daß die Wahrheit hier vermag alle Lügenkünste der Bosheit, und daß sie, wenn auch oft erst spät und nach sich einbarenden Niederlagen, immer den Sieg davon trägt.
La Roche.

Den „Mehreren Schuhmachermeister“ diene zur Nachricht auf ihre Annonce in No. 92. d. Ztg.:

daß der Schuhmachermeister Franz Caldarola wohl einem, namentlich von seinen Kunden, längst gefühlten Bedürfnisse durch Eröffnung einer Niederlage fertiger Stiefel entsprochen.

Viele Kunden des Schuhmachermeisters Franz Caldarola.